

SPD-Chef Sigmar Gabriel hat sich verzockt

Ein Interview mit Gesine Lötzsch, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Gesine Lötzsch, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, analysiert die Vorgänge vor und bei der Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni und antwortet mit sachlichen Argumenten auf die aggressive Legendenbildung bei SPD und Grünen. „In Nordrhein-Westfalen wird sich zeigen, ob SPD und Grüne aus der Niederlage bei der Bundespräsidentenwahl etwas gelernt haben“, so Lötzsch.

Wer sind die Gewinner der Bundespräsidentenwahl?

Gesine Lötzsch: Luc Jochimsen hat mit einem großartigen Ergebnis überzeugt. Sie hat sogar mehr Stimmen bekommen, als wir Wahlfrauen und Wahlmänner haben. Das zeigt, dass unsere Kandidatin auch aus den anderen Lagern unterstützt wurde. Ich hatte bereits vor der Wahl meine Erwartung geäußert, dass Sozialdemokraten und Grüne, die gegen den Afghanistan-Krieg und gegen Hartz IV sind, Luc wählen müssten. Denn die beiden anderen Kandidaten unterstützen den Krieg und den Sozialabbau in unserem Land. Gewonnen hat auch unsere Partei. Es ist SPD-Chef Sigmar Gabriel und Jürgen Trittin (Bündnis 90 - Die Grünen) nicht gelungen, einen Keil in unsere Delegation zu treiben.

Wer sind die Verlierer der Bundespräsidentenwahl?

Es gibt viele Verlierer. Die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Außenminister Guido Westerwelle (FDP) wurden von ihren eigenen Leuten abgestraft. Die Regierung konnte erst im dritten Wahlgang ihren Kandidaten Christian Wulff in das Amt wählen. Damit sind die Re-



Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, die beiden neuen Vorsitzenden der Partei DIE LINKE in einer Podiumsdiskussion

gierung und der Bundespräsident beschädigt. Es ist nicht gut für die Demokratie, wenn die Wahl des Bundespräsidenten genutzt wird, um Denkmäler zu verteilen. Aber auch SPD und Grüne gehören zu den Verlierern. Sie haben der Koalition mit Joachim Gauck ein konservatives Angebot gemacht und hatten die Hoffnung, dass sie so die Kanzlerin in Bedrängnis bringen oder sogar stürzen könnten. Gabriel hat sich verzockt. Als er merkte, dass die Kanzlerin ihm die kalte Schulter zeigte, weil das Angebot wohl doch nicht verlockend genug war, wollte er plötzlich unsere Stimmen haben. Doch wir haben immer gesagt, dass Joachim Gauck für uns kein wählbarer Kandidat ist. Einen Plan B hatte Sigmar Gabriel nicht.

Hätte DIE LINKE nicht über ihren Schatten springen können, um Wulff zu verhindern?

Ich erinnere an die Wahlniederlage der PDS im Jahre

2002. Unsere Wahlkampfleitung hatte damals das Motto ausgegeben: Edmund Stoiber verhindern! Das Ergebnis war, dass linke Wähler die SPD gewählt haben und wir als Fraktion aus dem Bundestag flogen. Wir hatten uns überflüssig gemacht. Das war für die PDS der Super-GAU. Dann kam Gerhard Schröder und führte wieder Krieg von deutschem Boden aus und begann mit der Agenda 2010 eine bis dahin unbekannte Umverteilung von unten nach oben. Wir haben Stoiber verhindert und Schröder bekommen. Unsere Strategie war damals offensichtlich falsch. Diesen Fehler haben wir diesmal nicht wiederholt. Wir wählen keinen Kandidaten, der in Kernfragen grundsätzlich andere Auffassungen vertritt als wir. Wir verraten doch nicht unsere Grundüberzeugung, um einen konservativen Politiker durch einen anderen konservativen Politiker zu ersetzen. **Hätten Sie nicht mit der Wahl von Joachim Gauck ein Zei-**

chen setzen, dass Sie mit der Geschichte der SED gebrochen haben?

Joachim Gauck kann uns keine Absolution erteilen. Wir werden uns nie von unserer Geschichte trennen können. Das wollen wir auch gar nicht. DIE LINKE hat ein sehr kritisches Verhältnis zu ihrer Geschichte. Wir unterscheiden uns da von CDU und FDP, die ihre ostdeutsche Geschichte komplett ausgeblendet haben.

Hat DIE LINKE damit die Chancen für Rot-Rot-Grün auf Bundesebene verspielt?

Ganz im Gegenteil. Joachim Gauck hat sich ganz klar gegen eine solche Koalition ausgesprochen. Man stelle sich vor, wir hätten ihn gewählt. Dann hätte er aus dem Schloss Bellevue zusammen mit der Springer-Presse gegen eine solche Koalition gewettert. Dann hätten wir keine Chance gehabt. Hinzu kommt noch, dass SPD und Grüne jetzt hoffentlich verstanden haben, dass wenn wir nein

sagen, auch nein meinen. Ich bin mir sicher, dass wir einen gemeinsamen Kandidaten gefunden hätten. Doch das war von SPD und Grünen nicht gewollt. Sie haben uns einen Kandidaten vorgesetzt, bei dem sie vorher wussten, dass er für uns nicht wählbar ist. Das SPD-Grüne-Motto „Friss oder stirb“ hat sich offensichtlich nicht bewährt. DIE LINKE ist sofort bereit, mit SPD und Grünen einen neuen Anlauf zu wagen. Voraussetzung ist, dass wir auf Augenhöhe verhandeln. In Nordrhein-Westfalen wird sich zeigen, ob SPD und Grüne aus der gestrigen Niederlage etwas gelernt haben. *linksfraktion*

Inhalt 2/2010

- Seite 1**
Gabriel hat sich verzockt
- Seite 2**
Die Finanzkrise
1.851 Tage im HdO
Kreative Stadtverwaltung
- Seite 3**
„Einheitsdankjahr“
Vor 20 Jahren...
Bildungsstreik 2010
Potsdam
- Seite 4**
Familienfest im Waldcafé
Gute Laune auf dem Görden
Kommentar
Meinungsmacher
- Seite 5**
Horst Maiwald
Interview
Kostenloses WLAN!
Mehr Freiheit wagen!
- Seite 6**
Das Gesundheitssystem
Bundeswehr im Ausland
- Seite 7**
Bundespräsidentenwahl
Gedanken zum Ergebnis
Pfändungsschutz
Spende Diana Golze
250 Euro an Hort
- Seite 8**
Portrait Wolfgang Kusior
Massiver Angriff

Die ungezügelte Gier des globalisierten Finanz- und Wirtschaftskapitals

Mit Beginn der 90er Jahre trat eine Wende in der Diskussion um die weitere Entwicklung des Kapitalismus ein. Die Ansichten zur allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, propagiert von marxistischen Ökonomen, wurde plötzlich hoffähig.

Das gegenwärtige Desaster auf den internationalen Finanzmärkten verbrennt das Geld ganzer Volkswirtschaften. Massive Kapitalhilfen zur Rettung bankrotter Banken, insolventer Staaten und zur Stabilisierung des Euro sind der aktuelle Beweis. Eine neue Qualität erhält die Krise durch die fortgeschrittene Globalisierung. Triebkraft der Krise ist das Streben der Monopole und Banken nach ungebremsster, grenzüberschreitender Kapital-Akkumulation und Spekulation, mit dem Ziel, maximale Profite in kürzester Zeit zu erzielen. Für dieses Ziel wird sprichwörtlich über Leichen gegangen und es ist jedes, aber auch jedes Mittel recht. War der Krieg um ökonomische Interessen bisher die brutalste Form der Profitmaximierung, so kann heute die gesamte Weltwirtschaft zu Grunde gerichtet werden.



Die Kurzsichtigkeit und Menschenfeindlichkeit dieser neoliberalen Lebensphilosophie wird auch dem letzten Verfechter dieser Denkweise immer deutlicher. Aber auch diesmal zeigt sich die Politik,

die schon lange das Primat über die Ökonomie verloren hat, weitgehend hilflos. Es wird nicht agiert, es wird nur reagiert. Die ökonomische Macht der Monopole und Banken wird nicht beschnit-

ten, sie wird nicht einmal ausreichend reguliert. Keine versprochenen Sparprogramme und Garantieerklärungen können Ungleichgewichte internationaler Zahlungsbilanzen oder gra-

vierende Unterschiede im Produktionsniveau der Staaten dauerhaft ausgleichen. Das alle Vorstellungen sprengende Defizit des US-Haushalts wird in absehbarer Zeit auf die Weltwirtschaft durchschlagen, den Dollar ruinös abwerten und ihn als Leitwährung letztendlich in Frage stellen.

Unmittelbare Folge von Krisen ist, dass sie für massiven Lohnabbau und Kürzungen im sozialstaatlichen Bereich genutzt werden. Eine wachsende soziale Unsicherheit, Entwürdigung und Entmündigung ganzer Bevölkerungsschichten, Zukunftsangst, ein gegen Null tendierendes Vertrauen in die Eliten von Politik und Wirtschaft und letztendlich Zweifel am Funktionieren der parlamentarischen Demokratie sind systemimmanente Erscheinungsbilder des Kapitalismus geworden.

Das Wort Krise, ein aus dem Griechischen stammendes Wort, bedeutet „Wende“. Eine solche ist so notwendig wie seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus kein historisches Ereignis in unserer jüngeren Geschichte. L.K.

Über die Verwaltung im Fall HdO

Ein Jahr im „Haus der Offiziere“ hat ganze 1.591 oder gar 1.851 Tage?

Die Brandenburger Stadtverwaltung ist kreativ! Besonders das Jugendamt zeichnet sich dieser Tage durch Kreativität aus. Es setzt sogar mathematische Gesetz-

hat die Verwaltung jetzt errechnet, dass im „Haus der Offiziere“ ein Jahr nicht - wie sonst überall auf der Welt - 365 Tage hat. Nein, sage und schreibe 1.851 kalkulatorische Tage pro Jahr hat die Verwaltung dem HdO im Juni im Unterausschuss Finanzen des Jugendhilfeausschusses zugestanden.

Leider waren es einen Tag später im Jugendhilfeausschuss „nur“ noch 1.591 kalkulatorische Tage im Jahr. Aber dies sind immer noch deutlich mehr als die 366

Tage, die ein Schaltjahr hat. Diese Zahl lässt aufhorchen. Mitten in unserer Havelstadt befindet sich ein Ort, an dem die Zeit schneller vergeht. Rein rechnerisch gesehen kann man also sagen, wenn man sich einen Tag innerhalb des HdO aufhält, ist draußen erst ein Viertel des Tages verbraucht. Dies ist besonders interessant für jene Menschen, die ständig unter Zeitdruck stehen. Was könnte man nicht alles schaffen, wenn das Jahr 1.591 Tage hätte? Es gibt diverse Vermarktungsstrategien, wie man solch ein Phänomen besser nutzen kann als für schnöde Jugendarbeit.

Dies sollte die Jukufa nun schleunigst in Angriff nehmen. Es ist anzunehmen, dass es einen regelrechten Besucheransturm geben wird.

Glosse

Vielleicht fällt dieser so hoch aus, dass die Verwaltung das Jugendhaus überhaupt nicht mehr zu fördern braucht. Aber dafür müssen noch einige Maßnahmen veranlasst werden. Zum Beispiel muss die Verwaltung noch Schilder und Informationstafeln in-

stallieren, auf denen für alle nachvollziehbar dieses Phänomen erläutert wird. Es könnte ja Menschen geben, die es nicht verstehen. Dann sollte die Stadtmarketinggesellschaft STG sofort Pauschalreiseangebote auflegen, um diesen touristisch sehr interessanten Ort besser zu vermarkten. Für die Jugendarbeit wird es dann natürlich eng in dem Haus. Aber durch die zusätzlichen Einnahmen können ja andere Orte gefunden und saniert werden. Und wenn der Träger auch an diesem Ort nicht mehr passt, wird einfach ein neues Phänomen erfunden. R.K.



mäßigkeiten außer Kraft. Im Streit um die Förderung des „Hauses der Offiziere“ (HdO) und des Trägervereins, der Jugendkulturfabrik (Jukufa),

Gedanken zum „Einheitsdankjahr“

Was wir vor 20 Jahren erhalten haben



Die Berliner Mauer, ein Bollwerk für den Frieden oder das hässliche Gesicht des real existierenden Sozialismus?

In wenigen Monaten wird sich das Jahr 2010 bereits wieder seinem Ende zuneigen. Politiker aller Couleur werden dann auch in unserer Kleinstadt auf ein „Großes Gedenkjahr“, das „Anschlussjahr“, ein „Wiedervereinigungsgedenkjahr“ oder das „Einigungs- und Freiheitsjubiläum“, vielleicht sogar auf das „Vereinigungsvertragserinnerungsjahr“ zurückblicken. - je nach politischem Gusto und persönlichem Geschick.

Ich persönlich möchte es dann in „Einheitsdankjahr“ umbenennen. Das klingt vielleicht ein wenig nach Erntedankfest, aber daran muss sich niemand stören. Denn mit Ernte nach zwanzig Jahren deutscher Einheit hat es durchaus etwas zu tun und mit Dank erst recht. Dazu kommt, dass es schließlich vielen Bürgern Brandenburgs bekanntlich noch immer an Dankbarkeit mangelt, obwohl sie aller Orten hören und lesen können, welcher guten Tausch sie damals gemacht haben, als sie den unvollkommenen Sozialismus gegen den vollkommenen Kapitalismus auswechselten. Aber Vorsicht - tauschen und täuschen sind nicht nur sprachlich nahe Verwandte. Quasi als Bonbon wird man für die Bürger der Havelstadt im „Einheitsdankjahr“ die intellektuellen, weil unkritischen, Artikel zur „Wiedervereinigung“ in unseren Heimatblättern abdrucken. Und natürlich fiebere ich bereits jetzt den zahlreichen Interviews mit unseren „Wendehelden“ von einst entgegen,

die uns das bescherten, was wir heute lieben.

ERHALTEN HABEN WIR VOR 20 JAHREN VIEL

Es war ein „guter Tausch“, werde ich dabei zu lesen oder zu hören bekommen. Erhalten haben wir vor zwanzig Jahren tatsächlich viel: die parlamentarische Demokratie und die harte D-Mark (und mit ihr den Euro), das überreiche Warenangebot, die Reisemöglichkeiten in aller Herren Länder, Telefon und Auto, renovierte Stadtzentren und Verwaltungen. Dieser Wandel ist erfreulich. Er lässt selbst Brandenburg an der Havel in hellem Licht erstrahlen, wenn, ja wenn die „BRDigung“ der DDR nicht auch zu anderen Veränderungen geführt hätte.

Von der Last des Volkseigentums entschädigungslos befreit, haben sich die hiesigen Werktätigen von einst in „Arbeitnehmer“ verwandelt. „Arbeitgeber“ können sich in unserer Stadt endlich die nennen, die die Arbeit der anderen entgegennehmen. Und Geben ist bekanntlich seliger denn Nehmen.

DIE DDR FÜHRTE NIE EINEN KRIEG

Einen weiteren fundamentalen Wandel erleben heute unsere jungen Brandenburger im wehrfähigen Alter. Durfte meine Generation noch vor zwanzig Jahren öde Kriegsübungen als NVA-Soldat zum Beispiel in Eggesin oder auf dem Schießplatz bei Belzig über sich ergehen

lassen, muss sich heute kein Bundeswehrsoldat mehr nur in heimatlichen Gefilden abschinden. Er oder sie kann mit etwas Glück fern der Heimat aufregende Kriegsaenteuer erleben und selbst am Hindukusch unsere Demokratie verteidigen helfen. Derartiges Soldatenglück war in der DDR nicht einmal in Aussicht gestellt worden. Die DDR bleibt der einzige deutsche Staat, der nie einen Krieg führte.

„EINHEIT IN FRIEDEN UND FREIHEIT“

Getauscht und ausgetauscht wurde vor zwanzig Jahren vieles: ein entwickeltes Industrieland gegen ein EU-Entwicklungsgebiet, die Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit gegen Massenar-

beitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Suppenküchen; gleicher Lohn für gleiche Arbeit gegen Niedriglöhne aller Art oder die soziale Gleichheit gegen eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Verändert haben sich die Gebühren- und Abgabenlasten der Bürger und die überschaubaren Bus- und Bahntarife. Ausgewechselt wurde die hohe persönliche Sicherheit gegen bisher unbekannte Kriminalitätsraten; kostenlose Gesundheitsleistungen gegen eine effiziente Zweiklassenmedizin; ein selbst international hoch geschätztes Bildungswesen gegen 16 antiquierte Systeme mit sozialer Auslese; die SED-gelenkte Massenkommunikation gegen hochmoderne kapital- und systemtreue Medien; der „verordnete“ Antifaschismus

gegen den geordneten Neozinismus ... Die Aufzählung der Tauschobjekte bleibt hier unvollständig. Wer mag, kann ja seine persönliche Bilanz im „Einheitsdankjahr“ selbst vervollständigen. Denn, eines ist gewiss: Im Jubiläumsjahr 2010 wird man, egal wie es dann genannt wird, der Ererungenschaften der im Einigungsvertrag verkündeten „Einheit in Frieden und Freiheit“ wieder und wieder gedenken. Zum Höhepunkt am 3. Oktober, dem 20. Jahrestag der „Wiedervereinigung“, wird man Bilanz ziehen. Und ganz gewiss werden wir dazu die Gewinne und Verluste der ehemaligen DDR-Bürger und dann immer noch „neuen“ Bundesbürger von den heute führenden Politikern dieses Landes wieder ausgewogen aufgelistet bekommen. A.F.

„Bildung für alle...“

... und zwar umsonst“ Ein berichtet vom Potsdamer Bildungsstreik 2010

Am 9. Juli war es soweit: Mit Massen von Trillerpfeifen, Transparenten und Bannern kam der Bildungsstreik in Potsdam an. Als sich auf dem Platz gegenüber vom Filmuseum ab 10 Uhr die ersten AktivistInnen sammelten, war noch nicht klar, wie viele es werden würden. Für die Demo angemeldet waren etwa 500.

Ich, ein Schüler aus Brandenburg an der Havel, war auch dabei. Meines Erachtens war ich leider der einzige Schüler meiner Schule. Als ich in Potsdam ankam, war schon viel los. Auf dem Sammelplatz gab es interessante Workshop-Angebote wie „Sein eigenes Transparent basteln“ oder „Richtiges Verhalten auf Demos“.

Nach und nach kamen immer mehr SchülerInnen, Studenten und Auszubildende. Alle traten für ein besseres Bildungssystem ein. Das Motto „Bildung für alle, und zwar umsonst“ war auf vielen Bannern und Transparenten zu lesen.

Um 12 Uhr begann der Zug der AktivistInnen. Die erste Station war das Bildungs-

ministerium. Alle machten viel Lärm, um auf die Missstände des Bildungssystems aufmerksam zu machen. Auf der ganzen Demo-Route kam es zu verschiedenen Redebeiträgen, wie zum Beispiel von der Stipendienstiftung. Währenddessen lief der Zug von Demonstranten weiter in die Innenstadt. An den Straßenrändern sammelten sich Schaulustige. Durch verschiedene Sprüche wie „Leute lasst das Glotzen sein, reiht euch in die Demo ein“ konnten zahlreiche jüngere PotsdamerInnen motiviert werden mitzulaufen.

Die nächste Station war das Albert-Einstein-Gymnasium. Mit friedlichem Lärm haben wir probiert, die Schüler zu ermutigen, ihre Bücher fallen zu lassen und sich an der Demo zu beteiligen. Leider hatten sie nicht einmal die Möglichkeit dazu, da der Schuldirektor die Türen verschlossen hatte. Vor den Türen waren PolizistInnen in Stellung gegangen. Die SchülerInnen schauten zwar aus den Fenstern, eine Möglichkeit, ihre Meinung kundzutun, hatten sie leider nicht.



Es war jetzt schon fast 14 Uhr, als eine lustige Aktion von manchen DemonstrantInnen gestartet wurde: die so genannte „Zombieaktion“. Viele Studis und SchülerInnen hatten sich vor der Demo als Zombies geschminkt. Der Hintergedanke war, dass, wenn weiter so viel Konkurrenzdruck und straffe Lehrpläne herrschen, alle zu Zombies mutieren. Nach der Aktion war die Demonstration leider schon bald vorbei. Beendet wurde die Demo mit Infos zu weiteren anstehenden Demos und viel Musik.

Für mich war der Tag sehr gelungen. Ich werde jedenfalls nächstes Jahr wieder teilnehmen, falls sich nichts ändert. Aber dass sich nichts ändert, wollen wir ja nicht hoffen. C.K.

Gute Laune im Waldcafé

8. traditionelles Kinder- und Familienfest im Waldcafé Görden



Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Diana Golze

Bereits zum achten Mal fand am 13. Juni das traditionelle Kinder- und Familienfest auf dem Gelände des Waldcafé Görden statt. Die Bundestagsabgeordnete der Partei „DIE LINKE“, Diana Golze, übernahm auch in diesem Jahr die Schirmherrschaft für das Fest und ließ es sich nicht nehmen, das Fest zu eröffnen. Traditionell gehörten auch Kinder des Asylbewerberheimes zu den Gästen, die sich gemeinsam mit den anderen Kindern so richtig wohl fühlten.

Trotz kühler Temperaturen erfreuten sich zahlreiche Gäste an kleinen und großen Überraschungen. So zeigten die Tanzgruppe „Tanz mit

mir“ der Volkssolidarität, Kinder der Kita „Beethovenstraße“ und die koreanische Sportschule CHAE ihr Können. Auch Kutschfahrten, Straßenfußball, eine Hopseburg und Schminken für die Kinder sorgten für viel Spaß und Freude.

Die Kinder, ihre Eltern oder Großeltern ließen sich selbstgebackenen Kuchen, Eis Grillwürstchen und Steaks schmecken. Bei einem Trödelbasar konnten zahlreiche Exponenten ersteigert werden. Mit einem Stand beteiligte sich erstmals der Integrationsrat der Stadt Brandenburg an der Havel. Gäste und Veranstalter freuten sich über ein gelungenes Fest, mit zahl-

reichen Angeboten an Spiel, Spaß und Unterhaltung. Den Musikern ein herzliches Dankeschön für die zünftige Umrahmung des Festes. Seine Premiere als Moderator hatte Heiko Krüger, der schwungvoll durch das Programm führte. Auch kleine Tanzeinlagen mit den Kindern ließ er sich nicht nehmen.

Dafür gilt ein herzliches Dankeschön den Mitgliedern des Festkomitees. Bei den zahlreichen Helfern, Spendern und fleißigen Kuchenbäckern, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben, bedanke ich mich im Namen der Gäste ebenfalls sehr herzlich. Hier wären zu nennen: Die Mitglieder der OG 47/51 und 48/50 des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität, die Partei „DIE LINKE“ und die PSGAD sowie der Schatzmeister des Festkomitees Frank Gorgas. Unterstützt wurde das Fest von zahlreichen Gewerbetreibenden des Stadtteils Görden: unter anderem durch die Mozart-Apothek, den Blumenladen, die Bäckerei und die Maßschneiderei Schoen.

Ebenfalls danken möchten wir „Fahrrad-Rhinau“ und dem Zahnarzt Helmke sowie den zahlreichen anderen Spendern. Alle Organisatoren und Mitwirkenden freuen sich schon auf das neunte Fest im kommenden Jahr. *K.H.*



Das Waldcafé war wie immer sehr gut besucht

Der Kommentar

Meinungsmacher beeinflussen, was wir denken

Die Gedanken sind frei. Jeder hat seine eigene Meinung. Das Grundgesetz garantiert die Meinungsfreiheit. Nur, wie kommt Ihre Meinung zustande?

Wer sich eine Meinung bildet, braucht Informationen. Unsere Informationen zu Politik und gesellschaftlichen Themen kommen aber fast immer aus zweiter Hand. Wir alle sind auf Medien angewiesen. Fernsehen, Zeitungen und neuerdings auch das Internet stellen uns selbstverständlich nur eine Auswahl an Informationen zur Verfügung. Bei dieser Auswahl wird bestimmt, was der Leser oder Zuschauer in sein Mei-

diesen Sender aufmerksam verfolgt, dem wird schnell klar, wem der Sender gehört. Alleine die Anzahl der Bilder von unserer Oberbürgermeisterin ist beeindruckend, aber nicht verwunderlich. Frau Tiemann behauptet immer wieder, dass sie keinen Einfluss auf die Inhalte des SKB ausübt. Glauben muss das niemand.

Wer seine Meinung möglichst unabhängig bilden will, der muss eine Vielfalt an Informationen haben. Diese Vielfalt ist in Brandenburg aber schwer zu erlangen. Die politischen Absichten einzelner Beiträge in unseren Zeitungen sind oft überdeutlich



nungsbild einbauen kann. Es ist eine psychologische Wahrheit, dass man dem Bekannten eher vertraut als dem Unbekannten. Deshalb ist es für neue Parteien auch fast unmöglich, nennenswerte Stimmenanteile zu erhalten. Sie werden von den Medien nicht wahrgenommen und dementsprechend auch nicht gewählt.

Und wie sieht es in Brandenburg aus? Woher kommen die Informationen zur Lokalpolitik?

Es gibt eine Tageszeitung und einen lokalen Fernsehsender, daneben noch zwei Anzeigenblätter mit eher dürrtigem redaktionellen Teil. Die Tageszeitung hat eine eher geringe Auflage. Das Stadtfernsehen SKB wird auch nicht von allen beachtet, hat aber eine beträchtliche Reichweite. Wer

zu erkennen, aber nur, wenn man die Zusammenhänge kennt.

Der interessierte Leser, der die Stadtverordnetenversammlung beispielsweise nicht besucht oder keine Freundschaften und Bekanntschaften unter den Akteuren hat, dem werden diese Absichten nicht immer

transparent. Die Havelbrandung versucht, einige wenige Themen von der anderen Seite zu beleuchten, das geben wir offen zu. Wir sind nicht unabhängig. Wir wollen Ihnen aber auch kein „X für ein U“ vormachen. Bleiben Sie wachsam und machen Sie sich klar: Jeder wird von dem geformt, was ihn umgibt. Jeder kann aber auch selbst bestimmen, was er liest oder sieht.

A.M.

Viele Informationen sind nicht so unabhängig wie wir denken

Einmal Lehrer - immer Lehrer

Ein Interview mit Dr. Horst Maiwald

Dr. Horst Maiwald ist eine der herausragenden Persönlichkeiten der Stadt Brandenburg an der Havel. Der Pädagoge lehnt in seiner Bescheidenheit solche Lobpreisung ab. Er ist Realist und will Teil eines Ganzen sein. Doch schon als viele ihren Platz in der neuen Gesellschaft noch längst nicht gefunden hatten, war Dr. Horst Maiwald vorn mit dabei. Schon 1990 organisierte er mit anderen die neue linke Partei - nicht nur in Brandenburg an der Havel. Er gab ihr in einer durchaus schwierigen Zeit sein Gesicht als Kandidat für den noch jungen Brandenburger Landtag. Dabei war zu der Zeit linke Politik gerade nicht so sehr gefragt. Maiwald hat es dennoch gemacht, mit der Überzeugung, dass dieses Land nicht an linken Argumenten vorbei kommt. Heute ist bekannt, dass er Recht behalten hat. Rot-Rot steht dem Land Brandenburg gut. Wenn man an die Fraktionen nach der Wende denkt, erinnern sich viele an Petra Faderl, an Horst Gartmann und eben an Dr. Horst Maiwald. Seine Handschrift hat Brandenburg an der Havel an zahlreichen Stellen mit geprägt. Wenn



Prägt das Bild der LINKEN in Brandenburg an der Havel entscheidend mit: Dr. Horst Maiwald

man sich alle seine Funktionen betrachtet, so wundert es nicht, dass er eines Tages „funktionsmüde“ wurde. Seine kurze Auszeit war mit den Kommunalwahlen 2008 vorbei. Er erhielt das Vertrauen der Brandenburger und hat mit Bravour sein Comeback in die Politik geschafft. Mit neuer Kraft ist Maiwald seither wieder dabei.

Havelbrandung: Einige Städte nennen ihren Vorsitzenden

der Stadtverordnetenversammlung Stadtpräsident. Würde Ihnen dieser Titel auch gefallen?

Dr. Horst Maiwald: Ja, ich finde ihn sehr schön. In Brandenburg an der Havel verwenden wir aber den Titel Vorsitzende/r der Stadtverordnetenversammlung. Diese Funktion hat Dr. Lilo Martius inne und ich bin ihr erster Stellvertreter. Mit beiden Funktionen ist viel Arbeit verbunden. Die Repräsentationspflichten schafft eine Person nicht allein. Wir müssen nicht nur repräsentieren, sondern auch als neutrale und überparteiliche Inhaber der jeweiligen Funktion unsere Stadtverordnetenversammlung führen. Ich lege auf diese in der Kommunalverfassung verankerte Art und Weise Wert.

Havelbrandung: Sie sind im „Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben“. Wie sieht Ihre Mitwirkung dort aus?

Dr. Horst Maiwald: Es ist nicht nur der Ausschuss mit dem längsten Namen. Er verlangt auch, wegen seiner Vielfältigkeit, ein großes Maß an Arbeit und Kenntnis. Eigentlich

könnte wegen dieser zuvor genannten Vielfalt gleich mehr als ein Ausschuss wirksam werden. Die Mitglieder und „Sachkundigen Einwohner“ der Fraktion der LINKEN bewältigen das als Gruppe ganz gut. Jedes Feld verlangt ein großes Maß an Aufmerksamkeit, um linke Politik in Brandenburg an der Havel spürbar zu machen.

Havelbrandung: Wenn man Ihr Statement zur Kommunalwahl 2008 liest, weiß man, dass Ihr Herz immer noch als das eines Lehrers schlägt. Sie sagten damals: „Meine persönlichen Schwerpunkte sind Bildungs-, Kultur- und Sportpolitik ... Ich möchte dazu beitragen, dass eine nachhaltige Bildung für alle in unserer Stadt gewährleistet ist und sie damit den Titel „Bildungsstadt“ zu Recht trägt, sich Kultur und Sport weiterentwickeln und Rechts-extreme bei uns keine Chance haben“.

Dr. Horst Maiwald: Zu Beginn meines beruflichen Werdeganges war ich an einer EOS im Landkreis tätig. Später führte mich meine berufliche Biografie bis 1990 an die Pädagogische Hochschule nach Potsdam. Danach arbeitete ich

als Lehrer in verschiedenen Einrichtungen. Bis heute gebe ich mein Wissen als ehrenamtlicher Lehrer weiter.

Havelbrandung: Wo sind Sie noch als Lehrer tätig?

Dr. Horst Maiwald: Seit vielen Jahren bin ich Mitorganisator von Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bei dieser ehrenamtlichen Tätigkeit geht es vor allem darum, dass die Brandenburger die Möglichkeit haben, sich politisch zu bilden.

Havelbrandung: Sie sind auch Mitglied in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“.

Dr. Horst Maiwald: ... weil ich die Idee des Antifaschismus umsetzen will. Bereits seit Anfang der 90er Jahre bin ich diesbezüglich tätig - unter anderem war ich einige Jahre Landesvorsitzender der „Interessengemeinschaft der Verfolgten des Naziregimes“, einer Vorläuferorganisation des heutigen Landesverbandes der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“.

Havelbrandung: Vielen Dank für das interessante Gespräch. W.M.

Mehr Freiheit wagen

Für ein offenes und kostenloses WLAN für Brandenburg an der Havel



So ein WLAN-Router ermöglicht viele Freiheiten, birgt aber auch immer noch Gefahren. Hier ist auch der Gesetzgeber gefragt.

Für erfolgreiches Forschen, Lernen und Arbeiten ist das Internet inzwischen zu einer wichtigen Bedingung geworden. Viele Hochschulen haben das erkannt und bieten für ihre Studenten kostenlos kabellose Internetzugänge per W-LAN an. In Estland wurde der Zugang zum Internet sogar als ein Grundrecht, zusammen mit beispielsweise der Pressefreiheit, in die Verfassung aufgenommen. Stabiles, kostenloses W-LAN ist selbst in Dörfern zu empfangen und für Menschen ohne Laptop gibt es kostenlose Internetcafés.

Im Gegensatz zu Deutschland wurden dadurch den Großkonzernen ein vermeintliches Grundrecht entzogen. Hiesige Telekommunikationsfirmen zahlten im Sommer 2000 je

16 Milliarden Euro für die UMTS-Rechte, kleine Firmen wurden dadurch komplett ausgeschlossen.

Ein weiteres Problem in Deutschland ist die unklare Rechtslage. Auch das Urteil des Bundesgerichtshofes vom letzten Mai hat keine Klarheit geschaffen. Im Gegenteil: Das Zur-Verfügung-Stellen von W-LAN für Dritte und die „Gefahren“ illegaler Downloads sind nicht klar geregelt. Hier sollte der Gesetzgeber eingreifen und den Weg hin zu einer freien, selbstbestimmten Gesellschaft ebnen.

In Berlin ist ein Projekt des Senates für freies W-LAN leider gescheitert. Wie den Medien zu entnehmen war, lag es vor allem an bürokratischen Hürden und fehlendem politischen Willen.

Die Idee jedoch war einfach und wäre auch in Brandenburg umsetzbar: In regelmäßigen Abständen sollten Straßenlaternen mit Sendern ausgestattet werden. Jetzt bieten einzelne Cafés und Kneipen, nicht immer kostenlose, W-LAN-Hot-Spots an. Ein flächendeckendes Netz wird so aber nicht entstehen.

Es existiert eine weitere Variante, weitab von Staatskontrolle und Profitstreben: Freifunk. Hier stellen BürgerInnen ihr W-LAN der Gemeinschaft zur Verfügung. Gebraucht wird dafür nur „open source“-Software, die kostenlos downloadbar ist. Die Idee des Freifunks bietet noch andere Vorteile: Es können Daten ausgetauscht, Veranstaltungen beworben und auch kommuniziert werden.

Eine Demokratisierung des Internets als solches wäre die Folge eines weiträumigen und dichten Freifunknetzes. Das erste Freifunknetz in Brandenburg ist leider gescheitert, aber es bietet sich vielleicht ein dritter Weg an. Kneipen, Cafés, das St.-Annen-Center, das „Haus der Offiziere“, die Fachhochschule sowie die Parteibüros von SPD und LINKE könnten ein Grundgerüst bilden, auf dem dann mehr BürgerInnen als früher aufbauen können. Die vermeintliche Schwäche, die geringe Anzahl an Hot-Spots, würde hier zur Stärke: Die verschiedenen Hot-Spots ließen sich, im Gegensatz zu Berlin, deutlich einfacher koordinieren. Dieser Artikel wurde mit Hilfe von W-LAN geschrieben. Ch.K.

Wann lässt Rösler die Katze aus dem Sack

Bis 2011 wächst das Defizit im Gesundheitssystem auf rund 15 Milliarden Euro

Im Schatten des Sparpaketes könnte man denken, Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) hat seine Reformideen zu den Akten gelegt. Mitnichten. Zwar erfährt er auf der einen Seite von der CDU/CSU enormen Druck, jedoch steht er auf der anderen Seite unter dem Druck der Krankenkassen. Die haben ein ganz großes Problem. Bereits im nächsten Jahr könnten rund 15 Milliarden Euro im System fehlen. Erste Krankenkassen mussten schon Insolvenz anmelden. Das muss man sich mal vorstellen: Eine gesetzliche Krankenkasse, die für die Bürger der BRD da sein soll, muss Insolvenz anmelden. Wo soll das noch hinführen?

Die große Reform ist erst einmal vom Tisch

Mit einem großen Wurf konnte Minister Rösler bislang noch nicht aufwarten. Seine „Kopfpauschale“ war in der Koalition nicht mehrheitsfähig. Der aktuelle Stopp ist ein Teilerfolg von Bündnissen und Parteien, die sich gegen diese unsoziale Politik wehren. Zu nennen sind hier campact.de, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit der Kampagne „Köpfe gegen Kopfpauschale“ sowie die DIE LINKE. Die Kampagne „Kopfpauschale stoppen“ von campact.de wurde von



Martina Bunge - gesundheitspolitische Sprecherin und Sprecherin für ostdeutsche Rentenprobleme beim Workshop in Berlin

fast 140.000 Menschen unterzeichnet. Der Stadtverband der LINKEN und der DGB-Kreisverband haben Ende Mai einen Infotag auf dem Neustädtischen Markt durchgeführt, um über den

einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag, die „Kopfpauschale“, aufzuklären.

Da Röslers Pläne nicht mehrheitsfähig sind, hat das Bundesministerium für Gesundheit nun den Auftrag er-

halten, ein neues Konzept zu entwickeln. Gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen soll noch vor der Sommerpause ein entsprechendes Papier vorgelegt werden. Neben geforderten Einsparungen von vier Milliarden Euro soll das Konzept folgende Punkte enthalten:

- Festschreibung des Arbeitgeber-Beitrages
- Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge
- Staffelung der Beitragsätze, die als Sozialausgleich gelten sollen.

Keine Lösung des Problems

Die Auflistung zeigt, dass die Probleme nur vertagt, jedoch nicht beseitigt wurden. Es wird vielmehr versucht, andere Namen für das unsoziale und ungerechte „Rösler-System“ zu finden.

Was bedeuten die drei genannten Punkte?

Eine Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages bedeutet,

dass künftige Kostensteigerungen vom Versicherten alleine getragen werden müssen.

Eine Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge hieße, dass die sogenannte kleine Kopfpauschale in Höhe von bis zu acht Euro je Monat ausgebaut werden könnte. Ausbaudeswegen, um die Kostensteigerungen und Defizite aufzufangen.

Eine Staffelung bedeutet den stufenweisen Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Lasten besser verteilen – die Bürgerinnen- und Bürgerversicherung muss kommen

Der Druck auf die Bundesregierung muss weiter erhöht werden. DIE LINKE hat im Parteivorstand den Beschluss gefasst, eine Gesundheitskampagne zu initiieren. Im Mai fand dazu ein Vorbereitungsworkshop in Berlin statt. Die restlichen Wochen bis zur Sommerpause dürften noch sehr spannend werden, denn irgendwann muss Minister Rösler die Katze aus dem Sack lassen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.die-linke.de/politik/themen/gesundheitskampagne oder direkt in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE am Altstädtischen Markt. A.K.

ZIELE DER KAMPAGNE SIND:

- „die Einführung einer Kopfpauschale als Grundprinzip zur Finanzierung des Gesundheitssystems zu verhindern
- ein breites gesellschaftliches Bündnis zur Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung herzustellen und diese als Alternative zur Kopfpauschale auf die Tagesordnung zu rufen
- in regionalen und lokalen Bündnissen zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge als öffentliches Gut beizutragen“

Auslandsmissionen der Bundeswehr

„Friedenserhaltende und stabilisierende Maßnahmen“ verschlingen Millionen



Die Bundeswehr zum Beispiel in Kabul

Die Auslandsmissionen der Bundeswehr haben seit 2002 über elf Milliarden Euro

verschlungen. Mit weiteren 10,6 Milliarden Euro wurde der deutsche Steuerzahler

zwischen 1992 und 2007 außerdem für so genannte „friedenserhaltende und stabilisierende Maßnahmen“ zur Kasse gebeten.

Dass der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch wirtschaftliche Gründe anführte, wurde ihm zwar schwer übel genommen, entsprach aber wohl der Wahrheit.

Wer es genauer wissen wollte, brauchte nur in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 und im Bundeswehr-Weißbuch von 2006 nachlesen, in dem

von Transportwegen, von Welthandel, von Einfluss und Wohlstand zu lesen war. Es geht, so haben Experten errechnet, um geschätzte 18 Milliarden Tonnen Erdöl und 24 Billionen Kubikmeter Gas. Dazu kommen zahlreiche Bodenschätze wie Steinkohle, Eisenerz, Kupfer, Zinn, Mangan und Gold.

Es muss nicht extra betont werden, dass sich die Linkspartei als einzige der inzwischen fünf Parteien, die dem deutschen Bundestag angehören, entschieden gegen diese vorrangig wirtschaftlichen Interessen dieser Auslandseinsätze ausgesprochen hat

und bereits seit langer Zeit ebenso konsequent den Rückzug der Bundeswehr fordert. In diesem Zusammenhang sei an den Präses der evangelischen Kirche Manfred Koch erinnert, der im Januar 2003 einen auch für viele atheistisch denkende Menschen wichtigen Satz sprach: „Wer mit Waffen rasselt, wird diese Welt nicht retten, sondern sie nur in tieferes Elend stürzen“. Übrigens wird von der Regierung immernoch negiert, dass inzwischen über 63 Prozent der Deutschen diese Auslandseinsätze ablehnen - sicher auch der immensen Kosten wegen. W.W.

Wurde Wulff mit Stimmen der LINKEN zum neuen Bundespräsidenten gewählt?

Landauf, landab wird der Partei DIE LINKE jetzt vorgehalten, dass sie mit der Stimmenthaltung im dritten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl unmittelbar dem konservativen Kandidaten Christian Wulff ins Amt verholfen hätte. DIE LINKE hätte mit ihrer Stimmenthaltung sogar die Wahl von Joachim Gauck zum Bundespräsidenten verhindert. Sie hätte gar eine Chance vertan, die schwarz-gelbe Regierung von Angela Merkel zu stürzen. Und DIE LINKE hätte sich nicht von ihrem SED-Erbe und den Schatten ihrer Vergangenheit befreit, was durch die Wahl von Joachim Gauck möglich gewesen wäre. Schlussendlich hätte DIE LINKE die Chance auf Rot-Rot-Grün, auf eine linke Mehrheit im Land, verspielt. Wenn es denn mal so wäre. Wahr ist, DIE LINKE hat mit Luc Jochimsen eine eigene Kandidatin als Bundespräsi-

dentin vorgeschlagen, die als einzige mit einem politischen Programm in diese Wahl gegangen ist. Sie hat sich für eine Friedenspolitik und eine Beendigung der Bundeswehr-Auslandseinsätze ausgesprochen. Sie wollte sich einsetzen für soziale Gerechtigkeit, für einen Mindestlohn sowie für eine Abkehr von Hartz IV und der Rente ab 67. Wahr ist, Luc Jochimsen hat im ersten Wahlgang nicht nur die Stimmen der LINKEN erhalten, sondern darüber hinaus weitere Stimmen erreicht. Wahr ist, SPD und Grüne haben Joachim Gauck als Bundespräsidenten-Kandidaten vorgeschlagen, ohne vorher zu fragen, ob sich DIE LINKE vorstellen könnte, Herrn Gauck zu wählen. Wahr ist, dass Joachim Gauck stockkonservative politische Vorstellungen hat, die diametral den politischen Auffassungen der LINKEN entgegenstehen. Für ihn gehören Freiheit und

soziale Gleichheit nicht zusammen. Für DIE LINKE ist das unabdingbar, um soziale Gerechtigkeit herstellen zu können. Für Joachim Gauck sind Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland notwendig beziehungsweise ein notwendiges Übel. Für DIE LINKE sind diese Einsätze nicht hinnehmbar und zu beenden. Joachim Gauck verteidigt Hartz IV und die Rente ab 67. DIE LINKE bekämpft diese sozialen Schandtaten. Joachim Gauck konnte somit kein gemeinsamer Kandidat mit der LINKEN sein und war für die Wähler der LINKEN nicht wählbar. Eine rot-rot-grüne Mehrheit in Deutschland entsteht auch nicht über einen Kandidaten, sondern aufgrund von gemeinsamen politischen Inhalten. Wahr ist, dass Joachim Gauck zu keiner Zeit eine realistische Chance auf eine Mehrheit in der Bundesversammlung hatte. Die schwarz-gelben

Abweichler haben Angela Merkel einen Denkkzettel verpasst, weil sie wussten, dass DIE LINKE ihre eigene Kandidatin auch wählen würde. Als im dritten Wahlgang DIE LINKE ihre Kandidatin zurückzog und auch nur Enthaltung ankündigte, wählte eine absolute Mehrheit von CDU und FDP mit 625 Stimmen Christian Wulff als neuen Bundespräsidenten. Auf die Stimmen der LINKEN kam es dabei gar nicht an. Auch wenn DIE LINKE für Joachim Gauck gestimmt hätte, wäre Christian Wulff Bundespräsident geworden. Auf gar keinen Fall wäre die Regierung Angela Merkel gestürzt worden, wenn DIE LINKE Joachim Gauck gewählt hätte. Das ist eine Medienfantasie. Ohne die Zustimmung von CDU/CSU und FDP gibt es keine Neuwahlen. Warum sollte eine zwar geschwächte schwarz-gelbe Regierung aber auch noch Selbstmord

begehen? Neuwahlen würden weder CDU/CSU und schon gar nicht die FDP schadlos überstehen. Und dass sich die Geschichte der SED, die fraglos zur LINKEN gehört, nicht mit der symbolischen Wahl eines Joachim Gauck aufarbeiten lässt, weiß jeder in der LINKEN. Dazu bedarf es anderer Anstrengungen. Solche hat DIE LINKE längst unternommen, ohne einen Schlussstrich zu ziehen. DIE LINKE hat mit Luc Jochimsen eine respektable sozialistische Kandidatin als Bundespräsidentin vorgeschlagen. Diese hat ein gutes Ergebnis erzielt. Eine Auswahl zwischen dem einen konservativen Kandidaten und dem anderen konservativen Kandidaten war der LINKEN nicht möglich. Deshalb haben sich die Wähler der LINKEN konsequent und zu Recht im dritten Wahlgang der Stimme enthalten. M.O.

Pfändungsschutz

1. Juli 2010 brachte Neuerungen bei Konten

Zum 1. Juli ist das neue Gesetz zum Pfändungsschutz in Kraft getreten. Diese Reform der Voraussetzungen für eine Kontopfändung war überfällig und bringt nun mehr Schutz für die Bürgerinnen und Bürger.

Was bisher galt:

Eine Kontopfändung führte bisher zu einer vollständigen Blockierung des Kontos. Alle darüber abgewickelten Zahlungen wie Mietüberweisungen, Strom oder Unterhalt konnten erst wieder ausgeführt werden, wenn ein Gericht über die Freigabe des Kontos in Höhe des für den Schuldner geltenden Freibetrages entschieden hat.

Neues Recht seit 1. Juli:

Ein Zugriff auf das Konto des Schuldners wird für Gläubiger künftig erheblich erschwert. Der sogenannte Basispfändungsschutz in Höhe von 985,15 Euro steht nun jedem Bürger zu. Voraussetzung ist, dass der Schuldner dieses „P-Konto“ bei seiner

Bank oder Sparkasse einrichtet. Der Schutz gilt nur für ein Girokonto. Auch Kindergeld und Sozialleistungen werden ab sofort besser geschützt. Eine Kündigung des Girokontos wegen des Zugriffs von Gläubigern bleibt aber weiterhin möglich, allerdings nur noch in Ausnahmefällen. Verschuldete Haushalte haben damit mehr Kontenschutz als bisher. Damit verbunden sind weitere detaillierte Rechtsvorschriften, die zu beachten sind. Betroffene sollten sich daher genau informieren. Auskünfte erteilen die Schuldnerberatungsstellen, Sozialverbände und Geldinstitute.

Die Hamburger Schuldnerberatung hat Informationen unter www.lag-sb-hh.de bereitgestellt.

Auch auf den Seiten des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) unter www.bmj.bund.de gibt es ausführliche Informationen zu dem Thema. P.Z.

250 Euro für den Hort

Bundestagsabgeordnete Diana Golze übergab Scheck an F.-J.-Curie-Schule



Am 22. Juni besuchte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Diana Golze Brandenburg an der Havel. Zuerst traf sie im Städtischen Klinikum mit Vertretern des „Netzwerkes für gesunde Kinder“ zusammen. Über das Netzwerk erhalten junge Familien Unterstützung für eine gesunde Entwicklung ihrer Kinder. Teilnehmer des Gesprächs waren der Chefarzt der Kinderklinik Dr. Kössel, die Koordinatorin Frau Schuhmacher und Frau Dr. Noll. Diana Golze sagte zu, sich bei dem zuständigen Bundesgesundheitsminister Rösler über den Stand zur Aufnahme dieses wichtigen Projekts der Prävention in ein Bundesförderprogramm zu erkundigen.

Am Nachmittag besuchte die Bundestagsabgeordnete den Hort der Frederic-Joliot-Curie-Schule und übergab diesem eine Spende in Höhe von 250 Euro. Die Spende soll einen Beitrag zu dem Projekt „Spielhaus“ leisten, mit welchem den Hort-Kindern auf dem Schulhof mehr Möglichkeiten zur Beschäftigung gegeben werden sollen. R.K.

Wolfgang Kusior

Ein Porträt des Brandenburger Historikers

Porträt

Am 25. Mai hat die Stadtverordnetenversammlung mit übergroßer Mehrheit beschlossen, Wolfgang Kusior die Ehrenmedaille der Stadt Brandenburg an der Havel zu verleihen. Die Ehrenmedaille, die Kusior im Herbst überreicht werden

soll, erhält das Mitglied der Linken für seine außerordentlichen Leistungen in den Bereichen Stadtgeschichte, Kultur und politische Bildung.

Ehrenmedaille für mehr als 25 Jahre Engagement
Seit über 25 Jahren dirigiert Kusior den Volkschor Brandenburg, pflegt insbesondere das deutsche Liedgut und das internationale kulturelle

Erbe. 1986 übernahm er die Leitung des Arbeitskreises Stadtgeschichte im Brandenburgischen Kulturbund e.V. und von 1995 bis zum Jahr 2005 war er Projektleiter der Robert-Bosch-Stiftung mit Sitz in Stuttgart. Er war Mitbegründer des Kulturbeirates unserer Stadt und in diesem Gremium über Jahre aktiv tätig. Wir verdanken Wolfgang Kusior zahlreiche Publikationen, unter anderem seine Monographie „Die Stadt Brandenburg im Jahrhundertrückblick – Streiflichter durch eine bewegte Zeit“, seine Arbeit für die Zeitschrift „Heimatkundliche Blätter“ sowie verschiedene von ihm verfasste Schriften über die geschichtliche Entwicklung unserer Heimatstadt. Auch in der politischen Bildungsarbeit hat Kusior für seine Heimatstadt in vorbildlicher Weise gewirkt. So war er der Initiator des Förderkreises des damaligen Rosa-Luxemburg-Vereins und maßgeblich an der Konzipierung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen beteiligt. Wir gratulieren Wolfgang Kusior recht herzlich zu dieser Auszeichnung. L.K.



Wolfgang Kusior auf seinem Balkon in Brandenburg-Nord

Massiver Angriff

Der Abbau des Sozialstaates schreitet auf
Beschluss der großen Koalition weiter voran

Auf der letzten Kabinettsklausur vor der Sommerpause hat die Bundesregierung ein Sparpaket beschlossen. In den nächsten drei Jahren sollen somit rund 80 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden. Damit aber nicht genug, beim letzten Regierungstreffen der G20-Staaten folgten die meisten Staatsoberhäupter dem Modell der Bundesrepublik Deutschland.

Sparpaket ist größtes Kürzungspaket der Geschichte

Das Sparpaket, welches das größte in der bisherigen Geschichte der BRD ist, ist in Wahrheit ein Kürzungspaket für Arme, Rentner und Familien. Abermals wird am meisten im sozialen Sektor gekürzt. Die Belastungen der Unternehmen allerdings werden wohl ebenfalls vom Endverbraucher ausgeglichen werden müssen und belasten zusätzlich den „kleinen Mann“. Maßnahmen zur Umverteilung von oben nach unten, wie etwa die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine gerechtere Erbschaftssteuer oder die Einführung einer Vermögenssteuer, finden im Paket keine Berücksichtigung. Mit solchen Kürzungsmaßnahmen wird man die Binnennachfrage nicht stärken können. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, dass das schwache Pflänzchen des vermeintlichen Aufschwungs abzusterben droht.

Konkrete Punkte aus dem Sparpaket sind:

- Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-EmpfängerInnen – ein Schelm, wer Böses dabei denkt
- Senkung des Prozentsatzes von 67 auf 65 Prozent bei berufstätigen Eltern
- Ökologische Steuern – durch Reduzierung von Ausnahmen bei der Ökosteuer, Abgabe auf Flugtickets
- Beteiligung von Unternehmen: Brennelementsteuer, Bankenabgabe, Abschöpfung

- von Bahngewinnen, Vorrang von Staatsforderungen bei Insolvenz
- Für ALG-II-Bezieher gibt es keinen Rentenzuschuss mehr
- Abschaffung des Zuschlages für ALG-II-Bezieher nach Übergang von ALG I
- Kürzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik – weg vom „Fördern“, hin zum „Fordern“
- Wohngeld – Streichung des Heizkostenzuschusses
- Bundeswehr – Prüfauftrag für Streitkräftereform
- Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst – 10.000 Stellen und 2,5% bei den Beamten
- Kürzungen flexibler und disponibler Ausgaben in den Bundesverwaltungen
- Verschiebung des Baubeginns des Stadtschlusses Berlin

Das Entscheidende fehlt

Die Gewerkschaft Ver.di meint zu den Plänen der Bundesregierung: „Anstatt nach dem Verursacherprinzip vor allem die Finanzmärkte und die Banken zu belasten, deren Gebaren die Krise und deren Kosten verursacht haben, wird ‚soziale Ausgewogenheit‘ angestrebt. Nicht einmal das wird jedoch erreicht.“ Die Linke sagt bei der Bewertung des Sparpaketes: Dieses Paket ist hochgradig unsozial. Es zeigt ganz klar: Schwarz-Gelb schon die Verursacher und Profiteure der Krise und bittet die kleinen Leute und Familien zur Kasse. Die am wenigsten haben, müssen am meisten bluten. Spekulanten, Hochverdienende, Vermögende und Erben kommen dagegen ungeschoren davon. Gegen diesen Irrsinn gilt es, zusammen mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden breiten Widerstand zu organisieren. Ab September wird es dazu breite Aktionen geben – europaweit! Die Linke fordert eine grundsätzliche Umkehr in der Steuerpolitik. Die Verursacher der Krise müssen an den Kosten beteiligt werden. Alles andere führt in eine Sackgasse der sozialen Ungerechtigkeit. A.K.

Was Wann Wo

AUGUST:

- 09.08. – 18.00 – Fraktionssitzung
- 10.08. – 16.00 – BO-Vorsitzenden-Beratung
- 18.08. – 09.30 – Frühstück für Jedermann
- 19.00 – BO Inn (Café Undine)
- 21.08. – 14.00 – Höfefest in der Altstadt
- 25.08. – 16.00 – SVV (Altstädtisches Rathaus)
- 26.08. – 18.00 – Vorstandssitzung

SEPTEMBER:

- 13.09. – 18.00 – Fraktionssitzung
- 03.09. – 18.00 – AG Politische Bildung (Bürgerhaus Altstadt, Bäckerstr. 14) Die Arbeitsgruppen treffen sich bereits um 16.00 Uhr
- 14.09. – 16.00 – BO-Vorsitzenden-Beratung
- 15.09. – 09.30 – Frühstück für Jedermann
- 19.00 – BO Inn (Café Undine)
- 29.09. – 16.00 – SVV (Altstädtisches Rathaus)
- 30.09. – 18.00 – Vorstandssitzung

OKTOBER:

- 11.10. – 18.00 – Fraktionssitzung
- 12.10. – 16.00 – BO-Vorsitzenden-Beratung
- 20.10. – 09.30 – Frühstück für Jedermann
- 19.00 – BO Inn (Café Undine)
- 27.10. – 16.00 – SVV (Altstädtisches Rathaus)
- 28.10. – 18.00 – Vorstandssitzung

VORANKÜNDIGUNG:

Okt./Nov. 2010 - Gesamtmitgliederversammlung im TGZ. Erwartet werden Klaus Ernst und Helmut Markov. Der genaue Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

IMPRESSUM:

HAVELbrandung . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 02/2010 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: redaktion@dielinke-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 10.000 Stück. **Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche . Redaktionsmitglieder: W. Müller, P. Zimmermann, H.-J. Laß, A. Martin, W. Weise. **Bildnachweise:** Werner Müller/DIE LINKE (1|2|4|5|8), Andreas Kutsche/DIE LINKE (6), René Kretzschmar/DIE LINKE (7), Chris Kühnl/[solid] (3), Thomas Franck@fotolia.com, Joachim Wendler@fotolia.com, York@fotolia.com **Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE** . Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-brb.de . E-Mail info@dielinke-brb.de